

Europas«,<sup>2</sup> fürchtete im Prozess des Untergangs derselben der Schriftsteller Stefan Heym, der dem Anspruch nach realsozialistische Staat werde zur »Fußnote in der Geschichte« verkommen.<sup>3</sup>

Fast zwanzig Jahre nach der Friedlichen Revolution und dem politischen Umbruch, der 1989 zum Ende der DDR und 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands führte, ist zumindest das öffentlich-mediale Interesse nicht verloschen, im Gegenteil: Wenn beispielsweise jüngst der Verbleib von Stasi-Mitarbeitern im öffentlichen Dienst moniert wird, wenn sich politische Persönlichkeiten um den Begriff des »Unrechtsstaates« rangeln oder wenn der mutmaßliche Todesschütze Karl-Heinz Kurras als Stasi-Mitarbeiter enttarnt wird, dann provoziert das DDR-Erbe

Schlagzeilen, die weiterhin höchst unterschiedliche Bilder und Vorstellungen deutlich aufscheinen lassen. Die DDR-Erinnerung im wiedervereinigten Deutschland ist immer noch höchst disparat und kaum auf einen Nenner zu bringen. Trends lassen sich allenfalls dann ausmachen, wenn man Schneisen schlägt und diese an Regionen, Generationen, politischen Interessenlagen und Teilöffentlichkeiten orientiert.

Im größeren Teil der Republik, dem ehemaligen Westen, dominieren Unkenntnis und Desinteresse. Allenfalls die so deutlich spürbaren Änderungen im Parteiensystem lassen aufhorchen: Mit der Partei Die Linke und ihren Vorgängern schickt sich eine stark ostgeprägte Kraft an, im altbundesrepublikanischen Parteiensystem Spuren zu hinterlassen,

und stellt damit die einst so festgefügt scheinende Nachkriegsordnung der ehemals Bonner, jetzt immer stärker zu Berlin gravitierenden Republik zusätzlich zu anderen Entwicklungen in Frage.

Im Osten – und allen voran im Osten Berlins als dem ehemaligen Machtzentrum des SED-Staates wie auch als einem der Hauptschauplätze der Friedlichen Revolution von 1989 – sind die Rückbezüge auf die DDR viel zahlreicher und präsenter: Ob nun Brandenburg mit dem Titel der »kleinen DDR« belegt wird oder in der Hauptstadt das DDR-Design-Hostel Ostel den Plattenbauschick des Honecker-Sozialismus offeriert<sup>4</sup> – nicht nur in der Architektur mancher Straßenzüge ist die DDR mit Händen zu greifen. Darüber hinaus wird im politischen Berlin Geschichtspolitik

gemacht: Hier hat die gesellschaftliche Aufarbeitung ihren Sitz, hier mühen sich Enquete- und Expertenkommissionen ebenso wie Bundesstiftungen und Bundesbeauftragte um eine der aktuellen politischen Kultur zuträgliche Erinnerung an die DDR. Daneben agieren Opfer- und Verfolgtenverbände, um den ihnen Angeschlossenen wenn möglich eine Entschädigung, wenigstens aber einen angemessenen Platz im Gedenkhaushalt der Republik zukommen zu lassen. Zuletzt tummeln sich auch einige ehemals Systemnahe und MfS-Mitarbeiter als Ewiggestrige und entwickeln rege, aber wenig erfolgreiche Aktivitäten bei dem Versuch, ihre geschichtsklitternde Sicht auf die Vergangenheit möglichst weit publik zu machen.

Wie Wissenschaft und Medien den

Prozess der Aufarbeitung tragen und prägen, ist bereits vielfach beschrieben worden: Die DDR-Geschichte hat sich zu einem Sonderforschungsgebiet entwickelt, das durch zahllose Projekte und entsprechend vielfältige Publikationen hervorgetreten ist. Dabei haben sich zweifelsohne bei zumindest einem Teil der beteiligten Forscher auch ein neuer Umgang mit den Medien und eine neue Form geschichtspolitischen Handelns etabliert. In einem allenfalls mit bestimmten Phasen der Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit vergleichbaren Maße sind Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in politische Zusammenhänge involviert, steuern nicht nur die vonseiten der Politik initiierte Vergabe von Fördermitteln, sondern beraten auch Aufarbeitungsinitiativen